

Claus Vogt Marktkommentar - Ausgabe vom 16. Dezember 2016

Trumps Inflationspolitik ist bullish für Gold

- In Euro ist der Goldpreis seit Jahresanfang mit 11% im Plus
- Steigende Zinsen sind kein Grund für einen fallenden Goldpreis
- Manipulieren Zentralbanken den Goldpreis? Roland Leuschel ist davon überzeugt
- Risikoindikator der Aktienmärkte auf Höchstwerte gestiegen
- Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen?
- Fehlentscheidungen bei einem IT-Projekt

Liebe Leser,

im Zentrum von Trumps wirtschaftspolitischen Absichtserklärungen steht ein gewaltiges Infrastrukturprogramm zur Belebung der US-Wirtschaft. Finanziert werden kann das natürlich nur durch eine erhebliche Ausweitung der längst völlig aus dem Ruder gelaufenen Staatsverschuldung – oder durch Helikoptergeld der Zentralbank. Da beide Varianten inflationär sind, werden sie die Geldentwertung befeuern.

Machen Sie sich also keine Illusionen: Eine Rückkehr zu geld- und staatsschuldenpolitischer Vernunft und Solidität wird es auch unter Präsident Trump nicht geben. Die Ende 2015 begonnene Edelmetallhausse wird also weitergehen.

In Euro ist der Goldpreis seit Jahresanfang mit 11% im Plus

In den vergangenen Tagen ist der Goldpreis noch einmal deutlich unter Druck geraten. Beim Schreiben dieser Zeilen befindet er sich bei 1.133 \$ pro Unze bzw. 1.085 €. Damit notiert er in Dollar gerechnet noch immer 6,9% über dem Schlusskurs des Vorjahres, und in Euro sind es sogar 11,1%. Nicht schlecht, sollte man meinen, zumal der allseits bejubelte DAX im Moment nur ein Jahresplus von 5,8% aufweisen kann, während es der S&P 500 nach der spektakulären Trump-Rally der vergangenen Wochen auf ein Plus von 10,9% bringt.

Gold pro Unze in € (schwarz) und DAX, (rot), prozentuale Entwicklung seit Jahresanfang



Gold ist seit Jahresanfang fast doppelt so stark gestiegen wie der DAX.

Quelle: StockCharts.com

Hohe Gewinne in unserem Trading-Depot

Nach dem steilen Goldpreisanstieg des ersten Halbjahres fühlen sich diese Gewinne bei vielen Goldanlegern aber offenbar wie Verluste an. Das sagen Ihnen jedenfalls die hier nicht gezeigten Sentimentindikatoren, die ähnlich einseitige Werte erreicht haben wie vor einem Jahr.

Mich erstaunt das ein wenig. Denn wir haben in den vergangenen Monaten durch das konsequente Nachziehen von vorsorglichen Stop-Loss-Orders in unserem Trading-Depot mit Aktien von Gold- und Silberminen Gewinne in Höhe von 56,7%, 34,2%, 12,8%, 31,5%, 47,1%, 40,9%, 37,7%, 36% und 30,7% realisiert.

Steigende Zinsen sind kein Grund für einen fallenden Goldpreis

Begründet wird der jüngste Rückschlag der Edelmetalle allenthalben mit der aktuellen Fed-Entscheidung, die kurzfristigen US-Zinsen von 0,25% auf 0,5% anzuheben. Steigende Zinsen seien schlecht für Gold, weil Gold keinen Ertrag abwirft. Dieser immer wieder zu lesende Gedanke ist in dreifacher Hinsicht interessant:

Erstens lässt sich dieser Zusammenhang historisch nicht belegen. Im Gegenteil. So sind die von der Zentralbank festgesetzten kurzfristigen Zinsen während der großen Goldhaube der 1970er Jahre in den USA von 3,7% bis in den zweistelligen Bereich geklettert. Auch in den Jahren 2004 bis 2007 stiegen die kurzfristigen US-Zinsen, von 1% auf 5,25%, während sie in den Baissejahren 2011 bis 2015 nahe 0% fixiert waren.

Zweitens steht die Behauptung auch argumentativ auf dünnem Eis. Denn steigende Zinsen sind häufig ein Zeichen für zunehmende Geldentwertung und für krisenhafte Zuspitzungen in hoch verschuldeten Ländern. Gold schützt Ihr Vermögen gegen beides.

Drittens schließlich ist es mir zumindest nicht aufgefallen, dass die Analysten und Journalisten, die diesen Zusammenhang behaupten, in Zeiten fallender Zinsen und verantwortungsloser Nullzinspolitik mit dem gleichen Argument auf die Attraktivität von Gold verwiesen hätten. Aber vielleicht ist mir das nur entgangen.

Manipulieren Zentralbanken den Goldpreis? Roland Leuschel ist davon überzeugt

Dass am Terminmarkt für Gold Preismanipulationen stattfinden, ist offensichtlich. Woran Sie das erkennen und wie genau das funktionieren kann, [lesen Sie in der am Montag erscheinenden Januar-Ausgabe meines Börsenbriefes Krisensicher Investieren](#). Dort erläutert mein Freund Roland Leuschel, der mit mir zusammen Krisensicher Investieren schreibt, warum er der Überzeugung ist, dass letztlich doch Zentralbanken hinter diesen auffälligen Kursbewegungen stecken.

In seiner langjährigen Tätigkeit als Generalsekretär des von den Rothschilds in Brüssel gegründeten ersten europäischen Analysebüros sowie als Direktor der Banque Brussels Lambert hat Leuschel zahlreiche Zentralbanker persönlich kennengelernt und sich mit mehreren Zentralbankpräsidenten sogar regelmäßig zum Meinungsaustausch getroffen. Er kennt die Vorgehensweisen also sehr genau.

Risikoindikator der Aktienmärkte auf Höchstwerte gestiegen

Darüber hinaus stellen wir Ihnen aus aktuellem Anlass einen Risikoindikator der Aktienmärkte vor, der im Lauf der jüngsten Aktienrally auf Extremwerte gestiegen ist. In den vergangenen 100 Jahren war das nur sechs Mal der Fall. Die Liste dieser Warnsignale liest sich wie das Who is Who der großen Aktiencrashes: In fünf dieser Fälle haben sich die Aktienkurse anschließend mindestens halbiert. Nach dem Signal des Jahres 1929 ging es sogar knapp 90% bergab.

Wird sich das Jahr 2017 in diese prominente Liste einreihen? Die extreme fundamentale Überbewertung, die sich auch jetzt wieder an den Aktienmärkten zeigt, legt die Vermutung nahe, dass dieser Indikator, der so selten Warnsignale gibt, wieder einen Treffer landen wird.

Steigende Zinsen sind Gift für die Börse, heißt es völlig zu Recht, weil sich dieser Zusammenhang im Unterschied zu Gold tatsächlich immer wieder gezeigt hat. Nach der jüngsten Zinsanhebung der Fed ist die Luft der extrem heiß gelaufenen Aktienmärkte deutlich dünner geworden. Deshalb sollten Sie dieses seltene Warnsignal nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Gold ist Ihre Versicherung, wenn diese Blase platzt. Und nach der jüngsten Korrektur gibt es bei den Goldminenaktien wieder höchst attraktive Kaufgelegenheiten. Erst letzte Woche habe ich meinen Lesern per Ad-hoc-Meldung zwei Kaufempfehlungen aus diesem Sektor gegeben. Noch ist die Zeit zum Einstieg günstig. [Nutzen Sie noch heute mein Testangebot, und lesen Sie meinen Börsenbrief Krisensicher Investieren 30 Tage kostenlos.](#)

Ich wünsche Ihnen ein schönes vorweihnachtliches Wochenende,

Ihr



Claus Vogt, Chefredakteur Krisensicher Investieren

P.S.: Bei den Rohstoffen tut sich etwas. Die beiden erst kürzlich von uns empfohlenen Aktien aus dem Ölsektor sind bereits mit 14,9% und 12,5% im Plus.

[Schützen und mehren Sie Ihr Vermögen und testen Sie noch heute KRISENSICHER INVESTIEREN 30 Tage kostenlos.](#)

Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs Krisensicher Investieren.

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier" und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).

Was machen eigentlich ... meine Steuergroschen? (16.12.2016)

Autor: Gotthilf Steuerzahler

Fehlentscheidungen bei einem IT-Projekt

Liebe Leserinnen und Leser,

immer wieder kommt es bei Großvorhaben der öffentlichen Hand zu Fehlentscheidungen, für welche letztlich wir Steuerzahler geradestehen müssen. Vor kurzem wurde wieder ein derartiger Fall bekannt, in dem es um kostspielige Planungsfehler im IT-Bereich ging, über die man nur den Kopf schütteln kann.

Vor einigen Jahren wollte das Bundesinnenministerium ein neues sicheres Sprach- und Datennetz für die gesamte Bundesverwaltung einrichten. Das Großprojekt sollte in Eigenregie durchgeführt werden. Für das Sprach- und Datennetz sollten unter anderen mehrere speziell gesicherte Rechenzentren aufgebaut werden. Im Jahr 2011 mietete das Innenministerium zwei der geplanten Rechenzentren für fünf bzw. sieben Jahre an. Es ließ die Rechenzentren von den Vermietern umbauen und mit zusätzlicher Technik ausstatten.

Das Großprojekt verzögerte sich seit dem Start immer wieder, seine Kosten stiegen. Ab April 2012 ließ das Innenministerium daher das Projekt von externen Beratern untersuchen. Aufgrund der Untersuchungsergebnisse entschied es sich im Jahr 2012 dafür, das Projekt künftig von einem privaten Generalunternehmer realisieren zu lassen. Den Vertrag mit dem Generalunternehmer schloss es im Herbst 2015. Wirtschaftliche Risiken aus den fortbestehenden Mietverträgen für die Rechenzentren untersuchte das Innenministerium vor dem Vertragsschluss nicht.

Teure Rechenzentren stehen leer

Das Innenministerium nutzte eines der Rechenzentren bis zum Jahr 2015 in geringem Umfang selbst für Konfigurations- und Testarbeiten. Bis dahin zahlte es 9,5 Millionen Euro für Miete, Nebenkosten und Investitionen. Ab dem Jahr 2016 wurde dieses Rechenzentrum dem Generalunternehmer mietfrei zur Verfügung gestellt. Allerdings werden bisher nur die Büroflächen genutzt.

Bereits in den Vertragsverhandlungen hatte sich abgezeichnet, dass der Generalunternehmer kein Interesse an einer Nutzung des gemieteten zweiten Rechenzentrums hatte. Das Innenministerium bemühte sich daher ab Mitte 2013 erfolglos, einen Nachmieter zu finden. Bis zum Ende des Mietvertrages im Jahr 2016 blieb es ungenutzt. Das Innenministerium zahlte insgesamt 16,6 Millionen Euro für Miete, Nebenkosten und Investitionen.

26 Millionen Euro an unnötigen Mietkosten

Das Innenministerium hätte die beiden Rechenzentren nicht anmieten dürfen, bevor die grundlegenden Probleme des Projekts geklärt waren. Ein Rechenzentrum wird überhaupt nicht genutzt, das andere nur geringfügig. Bis jetzt zahlte das Innenministerium für beide Rechenzentren insgesamt 26 Millionen Euro an Miete.

Es hätte seinerzeit zumindest prüfen müssen, welche wirtschaftlichen Risiken es durch die Miete einging. Nutzer oder Nachmieter für derart spezielle Mietobjekte sind nur schwer zu finden. Das Innenministerium hätte sich dementsprechend früher überlegen müssen, wie die Rechenzentren bei einem Abbruch des Projekts verwendet werden können.

IT- Geräte wurden nicht übernommen

Doch damit nicht genug. Im Jahr 2011 hatte das Innenministerium im Zuge des Großprojekts sehr hochwertige und leistungsfähige IT-Geräte zur Ausstattung der beiden Rechenzentren beschafft, zum Beispiel schrankgroße Router. Dafür zahlte es fast 27 Millionen Euro.

Nachdem das Ministerium entschieden hatte, das Projekt nicht mehr selbst zu realisieren, stellte sich heraus, dass der beauftragte Generalunternehmer die bereits beschafften IT-Geräte nicht nutzen wollte. Sie seien nicht mehr auf dem neuesten technischen Stand und daher für den Aufbau des neuen Netzes unbrauchbar. Das Ministerium versuchte daraufhin, die Geräte an die Lieferanten zurückzugeben. Diese lehnten jedoch eine Rücknahme der teilweise originalverpackten IT-Geräte selbst zu einem Zehntel des Beschaffungspreises ab.

Auch Bundesbehörden nutzten die IT-Geräte nicht

Bis Mitte 2014 gab das Innenministerium die nicht mehr benötigten IT-Geräte unentgeltlich an verschiedene Bundesbehörden ab. Bei einer Überprüfung im Jahr 2016 wurde festgestellt, dass die IT-Geräte bisher so gut wie keinen Nutzen für die Bundesverwaltung erbracht hatten. Die Bundesbehörden, welche die die hochwertigen IT-Geräte erhalten hatten, nutzten diese zum Teil nur geringfügig oder überhaupt nicht. 36 IT-Geräte mit einem Beschaffungswert von rund 10,3 Millionen Euro sollen demnächst ausgesondert werden.

Das Innenministerium hat die teuren Geräte zu früh beschafft

Das Innenministerium hätte bei seiner Entscheidung für den Generalunternehmer im Jahr 2012 damit rechnen müssen, dass dieser die vom Bund beschafften Geräte nicht übernehmen würde. Richtigerweise hätten die teuren IT-Geräte erst dann beschafft werden dürfen, wenn deren Einsatz absehbar war. Bei IT-Großprojekten kann es stets vorkommen, dass diese neu ausgerichtet werden. Weiterhin hätten die aufnehmenden Behörden die hochwertigen IT-Geräte nur dann erhalten dürfen, wenn dafür tatsächlich ein Bedarf bestand. Die bloße Übergabe an verschiedene Behörden ohne nachgewiesenen Bedarf war keine sinnvolle Maßnahme.

Es bleibt die bittere Erkenntnis, dass die geschilderten millionenschweren Fehlentscheidungen mal wieder keine Konsequenzen haben werden. Außer natürlich für uns, liebe Leserinnen und Leser, die wir das alles bezahlen dürfen, sagt erbost

Ihr

Gotthilf Steuerzahler

Dieser Text stammt aus dem kostenlosen Newsletter [Claus Vogt Marktkommentar](#).
Claus Vogt, der ausgewiesene Finanzmarktexperte, ist zusammen mit Roland Leuschel
Chefredakteur des kritischen, unabhängigen und konträren Börsenbriefs [Krisensicher Investieren](#).

2004 schrieb er ebenfalls zusammen mit Roland Leuschel das Buch "Das Greenspan Dossier"
und die „Inflationsfälle“. Mehr zu Claus Vogt finden Sie [hier](#).